

Bezirksamtsvorlage Nr. 1131
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 27.01.2026

1. Gegenstand der Vorlage:

Unterrichtung der Bezirksverordnetenversammlung über den erfolgten Abschluss der „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Berliner Standesämter 2026/2027“ mit der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatsverwaltung für Finanzen

2. Berichtersteller/in:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die Bezirksverordnetenversammlung wird über den erfolgten Abschluss der - als Anlage beigefügten - „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Berliner Standesämter 2026/2027“ mit der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatsverwaltung für Finanzen unterrichtet.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat:
- b) Frauenvertretung:
- c) Schwerbehindertenvertretung:
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen:

keine

10. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter hat.

11. Mitzeichnung(en):

BzBm

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über den erfolgten Abschluss der „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Berliner Standesämter 2026/2027“ mit der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatsverwaltung für Finanzen

Das Bezirksamt hat am 27.01.2026 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt hat die - als Anlage beigefügte - „Zielvereinbarung zur gesamtstädtischen Steuerung der Berliner Standesämter 2026/2027“ mit der Senatskanzlei, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatsverwaltung für Finanzen abgeschlossen.

A) Rechtsgrundlage

§ 36 Absatz 2 Buchstabe f) i.V.m. § 15 Satz 3 Bezirksverwaltungsgesetz
§ 19 Landesorganisationsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

Die Senatskanzlei stellt einen Etat in Höhe von 600.000 € jährlich (EPL 27, Kapitel 2703, Titel 97114) für die Haushaltsjahre 2026/2027 zur Verfügung.

Die Mittel werden im Wege der Basiskorrektur und auf Grundlage der Jahreswerte 2024 sowie der Messwerte an die Bezirke zugewiesen und dienen der Erreichung der Zielwerte und einem gesamtstädtisch anzuleichenden Leistungsniveau.

Die Verteilung an die Bezirke erfolgt gemäß eines Berechnungsmodells, welches unter Pkt. 3 der Zielvereinbarung dargestellt wird.

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine, Aufgaben werden im laufenden Geschäftsprozess erbracht.

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter hat.

Berlin, den

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger